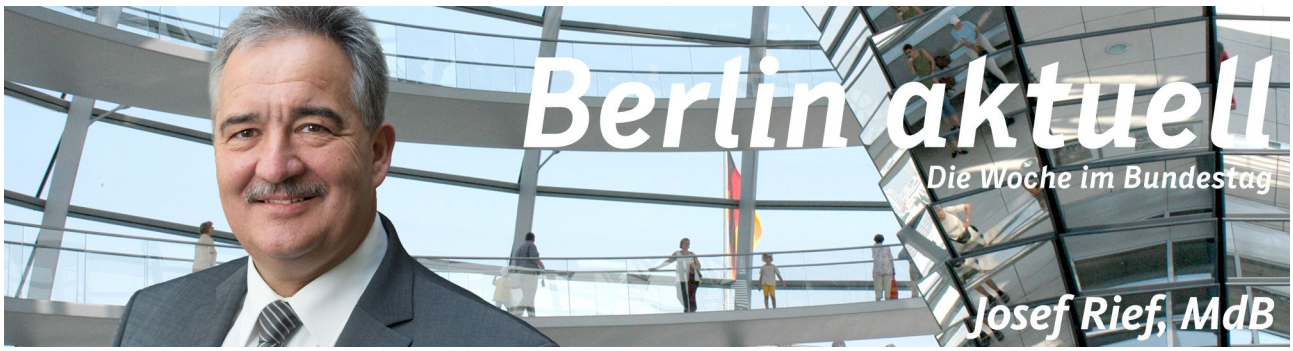

Wir stehen für mehr innere und äußere Sicherheit

Polizeiliche Kriminalstatistik belegt erfolgreiche Politik der Union

Am Dienstag hat Bundesinnenminister Horst Seehofer die neuen Zahlen zur Polizeilichen Kriminalstatistik vorgestellt. Erfreulich ist, dass die Gesamtzahl der erfassten Straftaten um 3,6 % zurückgegangen ist. Dass unsere Maßnahmen wirken, zeigt die Zahl der Wohnungseinbrüche. Sie ist 2018 um 16,3 % zurückgegangen gegenüber 2017.

Unser seit Jahren verfolgter Ansatz ist richtig: mehr Stellen für die Polizei, härtere Strafen für Einbrecher und mehr Prävention etwa durch KfW-Zuschüsse für einbruchshemmende Maßnahmen. Dort, wo noch Regelungslücken bestehen, dürfen wir aber nicht untätig bleiben: Wir wollen sicherstellen, dass die Ermittlungsbehörden künftig bei Verdacht eines Einbruchdiebstahls in eine Privatwohnung die Telekommunikation überwachen und aufzeichnen können.

Weniger erfreulich ist, dass der Anteil ausländischer Tatverdächtiger mit 34,5 % gegenüber dem Anteil ausländischer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung i.H.v. rund 12 % recht hoch ist. Vor dieser Tatsache verschließen wir nicht die Augen! Denn erst wenn das Problem erkannt und benannt wird, kann gehandelt werden.

Nicht akzeptabel ist für uns der starke Anstieg der Straftaten gegen Polizisten und Rettungskräfte, was auch an Strafverschärfungen und einer anderen Erfassung liegt (+ 39,9 %). Wer für die Gesellschaft sein Leben riskiert, verdient auch Schutz durch die Gesellschaft! Die Unionsfraktion hatte daher das Thema im Bundestag vorangetrieben und 2017 die Strafvorschriften zum Schutz von Polizeibeamten und Rettungskräften verschärft. So wurde ein neuer Straftatbestand des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ geschaffen. Im Paragrafen §114 sind nun Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren vorgesehen.

Insgesamt gilt: Deutschland ist ein sehr sicheres Land

und wir als Union arbeiten daran, dass es so bleibt. Wir stehen aber für Sicherheit im umfassenden Sinne, auch für die äußere Sicherheit Deutschlands. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass die Bundeswehr auch künftig an Schulen durch Jugendoffiziere über ihre Arbeit informiert. Soldaten sind Bürger in Uniform und ein wichtiger Teil unseres Landes. Entsprechende Beschlüsse der Berliner SPD sind ein Schlag ins Gesicht unserer „Bürger in Uniform“! ■

70 Jahre NATO – Das Rückgrat der Euroatlantischen Sicherheit stärken

Am 4. April 1949 - knapp vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die North Atlantic Treaty Organization, kurz: NATO, gegründet. Jetzt feiert das erfolgreichste Militärbündnis der Welt seinen 70. Geburtstag. **Seite 2**

Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter: www.facebook.com/josefriefmdb

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 🖷 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 15 73 21 🖷 (07351) 1 57 31

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

Nato heißt übersetzt so viel wie „Organisation des Nordatlantikpaktes“. 12 Staaten gehörten 1949 zu den Gründungsmitgliedern, die sich in Washington DC trafen, um sich diese Hauptaufgaben „auf die Fahne“ zu schreiben:

- Sicherheit für die Bündnispartner und Verteidigung der Außengrenzen des NATO-Gebiets
- Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet zur Friedenserhaltung
- Krisenbewältigung in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Kernstück des NATO-Vertrags ist das in Artikel 5 niedergelegte Versprechen, einander Beistand zu leisten, wenn ein bewaffneter Angriff auf eines der Mitglieder in Europa oder Nordamerika erfolgt. Denn letztendlich hatte die Gründung der NATO einen einfachen Zweck: ein westlichen Militärbündnisses als Ausgleich zur UdSSR und ihrem Warschauer Pakt zu schaffen.

Waren die ersten 40 Jahre der NATO vom Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg geprägt, kamen auf das nordatlantische Militärbündnis nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und des Endes des Warschauer Paktes neue Aufgaben zu. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 erhielt die NATO eine neue Rolle als globaler Sicherheitsakteur. "Europa lebt seit 70 Jahren in Frieden, Freiheit und Sicherheit. Das ist das Verdienst der NATO. Insbesondere Deutschland hat der NATO mehr zu verdanken als andere Nationen", sagt Verteidigungspolitiker Johann Wadephul.

70 Jahre nach Gründung sind 29 Staaten Mitglieder der NATO – darunter auch Island, das selbst keine Streitkräfte besitzt. Generalsekretär ist Jens Stoltenberg. Der

Jürgen Hardt, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche im Plenum

Norweger führt das Bündnis seit 2014. Konzeption, Zusammensetzung und Aufgaben der Militär-Allianz haben sich gegenüber den Gründerjahren grundlegend verändert: Nicht nur, dass zahlreiche ehemalige Gegner als Mitglieder aufgenommen wurden – beispielsweise Polen oder die baltischen Staaten. Die NATO agiert heute weit außerhalb ihres ursprünglichen Bündnisgebiets, etwa im Kosovo oder Afghanistan. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die NATO von einem Bündnis der kollektiven Verteidigung gegen einen klar definierbaren Gegner zu einer multifunktionalen Sicherheitsagentur entwickelt. Deutschland werde sich auch weiterhin entschieden in die NATO einbringen, verspricht Außenpolitiker Jürgen Hardt. "Mit Ressourcen, Fähigkeiten, der Übernahme von Verantwortung und der Beteiligung an gemeinsamen Missionen. Das muss sich auch in den Haushaltsplanungen niederschlagen."

Bis zum Jahr 2020 werden die Verteidigungsausgaben steigen – auf dann 1,37 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. "Eine weitere Steigerung ist nötig, wenn wir die Bundeswehr auch weiterhin gut ausstatten und ausrüsten wollen", fordert Hardt. Daher werde sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass die eingegangenen Verpflichtungen ohne Abstriche erfüllt werden. ■

Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten

Der Bundestag debattiert in dieser Woche den Antrag der Koalition, der darauf abzielt, das Leben und Arbeiten auf dem Land zu verbessern. Hierfür ist die Gewährleistung des flächendeckenden Breitbandausbaus ebenso wichtig wie die Entlastung des besonders im ländlichen Raum verbreiteten Ehrenamts von bürokratischen Pflichten. Auch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen ist erforderlich. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU eine angemessene Mittelausstattung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) nach dem Jahr 2020 zu gewährleisten und sich für den Erhalt des Programms LEADER in seiner jetzigen Form einzusetzen. ■